

Aufsätze

Jürgen Trabant

Frankreich und die europäische Mehrsprachigkeit¹

1. *Le multilinguisme comme atout*

Als der junge französische Präsident am 26. September 2017 seine große Europarede an der Sorbonne hielt,² wurde sie in Deutschland wegen der kurz vorher abgehaltenen Bundestagswahlen kaum wahrgenommen. Nur die verteidigungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen wurden halbherzig diskutiert. Aber bis zum zentralen Teil der langen Rede drang kaum ein deutscher Leser vor. Allerdings ist dieser Teil seiner Rede auch im sonstigen Europa kaum rezipiert worden. Im Zentrum der Rede, in ihrem *Omphalos*, standen aber überraschende Einsichten eines französischen Politikers: Macron feierte nämlich die Vielfalt der europäischen Sprachen, »l'Europe du multilinguisme«. Das war völlig unerhört, ja es war geradezu revolutionär.

Normalerweise beklagen europäische Politiker nämlich die Glossodiversität Europas als entscheidendes Hindernis für europäische Gemeinsamkeit oder für eine gemeinsame Öffentlichkeit, so zum Beispiel der deutsche Bundespräsident Gauck in seiner Europarede im Jahr 2013. Und französische Politiker allemal. Seit der Revolution und der von ihr betriebenen vernunftgemäßen Einrichtung politischer Verhältnisse beklagen sie sprachliche Vielfalt als eine babelische Strafe, welche die politische Einheit behindert. Abbé Grégoire, der Sprachpolitiker der Jakobiner, fordert 1794 eine gemeinsame Sprache der Republik: »La langue d'une grande nation doit être la même pour tous.«³ Und der *grammairien patriote* Urbain Domergue schreibt zur gleichen Zeit: »La République, une et indivisible dans son territoire, dans son système politique, doit être une et indivisible dans son langage.«⁴

»Ein Staat – eine Sprache« ist seitdem die sprachpolitische Devise nicht nur Frankreichs, sondern aller Nationalstaaten Europas. Die Bekämpfung der sprachlichen Vielfalt, die Vereinheitlichung des vielsprachigen Frankreich, ist gleichsam die DNA der offiziellen (jakobinischen) Sprachpolitik der französischen Republik, die alles

- 1 Rede, gehalten mit dem Titel »Frankreich überrascht« beim Kolloquium des Cercle linguistique de Prague über »Sprachenvielfalt im gegenwärtigen Europa« am 21. September 2022.
- 2 Emmanuel Macron, Initiative pour l'Europe, Rede an der Sorbonne am 26. September 2017: www.elysee.fr/declarations/article/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique/.
- 3 Henri Grégoire, Rapport sur la nécessité et les moyens d'anéantir les patois et d'universaliser l'usage de la langue française (1794), in: Michel de Certeau, Dominique Julia, Jacques Revel, Une politique de la langue. La Révolution française et les patois, Paris: Gallimard 1975, S. 300-317.
- 4 Urbain Domergue, Adresse aux Communes et sociétés populaires de la République (1794), in: Winfried Busse, Françoise Dougnac, François-Urbain Domergue. Le grammairien patriote (1745-1810), Tübingen: Narr 1992, S. 184.

daransetzte, die Sprachen Frankreichs zu vernichten. »Anéantir« ist das in diesem Zusammenhang gebrauchte Verb. Und was man da vernichtete, waren keine *langues*, sondern *patois*, also irgendwie niedrigere Formen von Sprache.

Und nun sagt ein französischer Politiker: »L'Europe du multilinguisme est une chance inédite«, »das Europa der Mehrsprachigkeit ist eine unerhörte Chance«. Die Vielfalt der Sprachen in Europa sei ein Reichtum und daher ein europäischer »Trumpf« (*atout*).

Das ist völlig unfranzösisch. Als ob er Wilhelm von Humboldt gelesen hätte, erkennt Macron, dass die verschiedenen Sprachen verschiedene Ansichten der Welt darbieten. Bei diesem Gedanken bezieht er sich aber nicht auf Humboldt, sondern auf den französischen Philosophen Mounier: »Parce que comme le rappelait Mounier, ›l'universel se parle aux hommes en plusieurs langues, qui chacune en révèle un aspect singulier««. Und diese Ansichten, diese »aspects singuliers«, seien etwas Kostbares, das den Europäern eine ganz bestimmte geistige Qualität verleihe, die Macron *sophistication* nennt, also eine intellektuelle Differenziertheit gegenüber kognitiver Einseitigkeit durch Einsprachigkeit. Dies ist zwar ein bisschen hochnäsiger und setzt gleichsam voraus, dass alle Europäer Kenntnisse verschiedener Sprachen hätten. Aber es ist herrlich gesagt und generös gedacht, wenn er mehrsprachige Erfahrungen bei den Europäern annimmt bzw. empfiehlt. Und es ist unerhört, dass ein Politiker den Wert sprachlicher Verschiedenheit in geistigem Raffinement erkennt.

Trotz dieses Lobes semantischer Verschiedenheit übersieht Macron aber nicht, dass die verschiedenen »Ansichten« ein kommunikatives Problem sind, dass sie also immer auch »Unübersetzbare« (*intraduisible*) enthalten, das der gegenseitigen Verständigung Grenzen setzt. Das Wort *intraduisible* ist gleichsam ein Leitfossil, das uns doch zu Humboldt führt. Die Altphilologin und Philosophin Barbara Cassin, die eine Kollegin von Macron in seiner philosophischen Zeit gewesen ist, hat 2004 ein »Vocabulaire des philosophies« herausgegeben, das sie auch »Dictionnaire des intraduisibles« nennt.⁵ Sie polemisiert mit dem Titel gegen die – nicht nur – französische Tradition sprachunabhängiger universeller Begriffe der Philosophie (zum Beispiel im philosophischen Vokabular von Lalande). Das Wort *intraduisible* bezieht sie ausdrücklich aus Humboldts Vorwort zu seiner Übersetzung des »Agamemnon« von Aischylos (1816).⁶ Dort verweist das Wort »unübersetzbar« auf die Nicht-Koinzidenz von Wortbedeutungen in verschiedenen Sprachen, auf die verschiedenen »Weltansichten«. Humboldt betont an dieser Stelle das Künstlerische und Individuelle der Wortsemantik in verschiedenen Sprachen. Macrons Beispiel für die unterschiedliche Semantik in verschiedenen Sprachen war 2017 das Wort *Schulden*: Die französischen *dettes* haben das semantische Merkmal »culpabilité«, »Schuld«, nicht, welches im

5 Barbara Cassin (Hg.), *Vocabulaire européen des philosophies. Dictionnaire des intraduisibles*, Paris: Le Robert/Seuil 2004.

6 Wilhelm von Humboldt, *Gesammelte Schriften (GS)*, 17 Bde., hg. von Albert Leitzmann u. a., Berlin: Behr 1903-36, Bd. VIII, S. 129.

deutschen Wort enthalten sei. Er bezieht also die sprachphilosophische Einsicht gleich auf das politische Geschäft.

Allerdings hat Macron zur Überwindung dieser semantischen Inkongruenz eine geniale Idee: Gerade dieses Unübersetzbare, dieser unverständene Rest, zwingt die Europäer dazu, Vertrauen in den Anderen zu fassen, wenn sie gemeinsam handeln wollen, auch wenn sie den Anderen nicht ganz verstanden haben:

Mais cet intraduisible, c'est notre chance! C'est la part de mystère qu'il y a dans chacun, et c'est la part de confiance qu'il y a dans le projet européen. C'est le fait que, à un moment donné, ne parlant pas la même langue et ayant cette part d'inconnu et d'irréductible différence, nous décidons de faire ensemble, alors que nous aurions dû nous séparer.

[Aber dieses Unübersetzbare ist unsere Chance! Es ist das Stück Geheimnis, das in jedem ist, es ist das Stück Vertrauen, das im europäischen Projekt steckt. Es ist die Tatsache, dass wir, die wir nicht dieselbe Sprache sprechen und dieses Unbekannte und die unüberwindbare Differenz haben, im gegebenen Moment eben doch entscheiden, zusammen zu handeln, auch wenn wir uns eigentlich hätten trennen müssen.]

Das *Intraduisible* als Quelle der Freundschaft, das ist eine ziemlich große politische Idee. Sie erkennt die hermeneutische Erfahrung des Verstehens und Nichtverstehens als Grundlage des Miteinanderlebens.⁷

Auf Grund dieser überraschenden Feier europäischer Vielsprachigkeit macht der Präsident in seiner Rede dann eine Reihe von erziehungspolitischen Vorschlägen. Die jungen Europäer sollen alle mindestens ein halbes Jahr in einem anderen europäischen Land leben. Und er schlägt die Einrichtung vernetzter europäischer Universitäten und Studiengänge vor. Dabei stellt er sich offensichtlich vor, dass die Studenten in den jeweiligen Sprachen dieser Universitäten studieren, also italienisch in Italien, spanisch in Spanien etc., an Universitäten, »mettant en place un parcours où chacun de leurs étudiants étudiera à l'étranger et suivra des cours dans deux langues au moins«. Die europäische Universitäts-Technokratie – in diesem Fall die Erasmus-Maschine – hat den Vorschlag Macrons gleich begeistert aufgegriffen, allerdings so, dass sie vierzig Kooperationen zwischen europäischen Universitäten geschaffen hat, die nun zu meist englischsprachige Programme realisieren. Das war wohl anders gedacht. Nur acht dieser Programme nehmen die Macronsche Idee eines tatsächlich mehrsprachigen Studiums auf. Wobei die »deux langues«, von denen Macron sprach, gerade nicht S1 + Englisch meinte, sondern S1 + Ungarisch, S1 + Griechisch etc., je nach dem Land, in dem studiert wird.

Bei aller Begeisterung über den Präsidenten des *multilinguisme* muss allerdings gesagt werden, dass auch dieser französische Präsident letztlich nicht über seinen jakobinischen Schatten springen kann. Macron sprach von Europa und den vielen Sprachen

7 Eine ähnliche politische Bedeutung hat Philologie bei Sheldon Pollock, *Future of Philology? The Fate of a Soft Science in a Hard World*, in: *Critical Inquiry* 35, 2009, S. 931-961.

Europas. Frankreich aber darf nur eine offizielle Sprache haben. Die Regionalsprachen in Frankreich dürfen zwar in Artikel 75-1 der französischen Verfassung ein folkloristisches Eckchen besetzen, in Titel 12 dieser Verfassung, über die »collectivités territoriales«: »Les langues régionales appartiennent au patrimoine de la France.« Aber: »La langue de la République est le français« steht in Artikel 2. Daher lobt Macron zwar den »bilinguisme« Französisch-Korsisch, verwehrt dem Korsischen aber die ersehnte Anerkennung als zweite Amtssprache (»langue coofficielle«) der Insel.

Nun, niemand ist immer ganz kohärent, zumal wenn man gegen eine eherne Tradition andenken muss. Es muss also als Neuigkeit hervorgehoben werden, dass von einem wichtigen französischen Politiker sprachliche Diversität als etwas Positives verstanden worden ist. Der Abbé Grégoire hatte noch geklagt: »Ainsi, avec trente patois différents, nous sommes encore, pour le langage, à la tour de Babel.«⁸ Macron weist diese alte biblische Klage zurück: »Et au lieu de déplorer le foisonnement de nos langues, nous devons en faire un atout.« Das ist ›deutsches‹ Sprachdenken, sofern in der deutschen Tradition seit Leibniz, Herder und Humboldt die Vielfalt der Sprachen als geistiger Reichtum angesehen wird und nicht als Gefährdung der Universalität und Verdunkelung des rationalen Denkens wie in der Tradition von Bacon, Locke, Condillac bis Frege und Wittgenstein.

Ob der französische Präsident bei seinem Lob europäischer Mehrsprachigkeit den Brexit im Sinn hatte, lässt sich nicht ausmachen. Es wäre ja denkbar, dass er nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU und damit seit dem Abschied von mehr als 60 Millionen muttersprachlichen Englischsprechern aus der Gemeinschaft die Hoffnung gehegt hätte, dass die Dominanz des Englischen in der EU nun gebrochen wäre. Aber es war unmittelbar klar, dass der Brexit keine solchen Auswirkungen auf die Rolle des Englischen in der EU haben würde. Als sprachliche Auswirkung des Brexits war in Brüssel höchstens zu befürchten, dass durch das Ausscheiden von Hunderten von anglophonen Beamten nun die in Brüssel generierten Texte schlechter werden würden. Niemand aber ging in Brüssel nach dem Brexit etwa zum Verfassen französischer Schriftstücke über. Die ungefährdete Position des Englischen ist der Tatsache geschuldet, dass »Englisch« schon lange mit England nicht mehr viel zu tun hat. Es ist eine internationale Sprache, die sich durch die politische Bedeutung des Empires und der Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert als globale Verkehrssprache in Europa und der Welt durchgesetzt hat. Dass dann das Land, aus dem diese Sprache ursprünglich einmal stammte, aus Europa austrat, hatte auf die internationale Funktion der Sprache so gut wie keine Auswirkung. Die Europäer hatten sie seit Jahrzehnten als ihre Verkehrssprache adoptiert und kommunizierten natürlich auch nach dem Brexit fröhlich weiter mit ihr.

Frankreich, dessen Sprache seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Funktion der Globalsprache vom Englischen verdrängt worden war, macht sich daher kaum Hoffnungen, das Englische nun seinerseits wieder verdrängen zu können. Aber Frank-

8 Grégoire (Anm. 3), S. 302.

reich hegt, wenn man so sagen darf, durchaus einen Groll gegen das Englische, gegen das es sich durch staatliche Aktivitäten tapfer »verteidigt«: Es bekämpft Anglizismen, und es hält sein untergegangenes Kolonialreich mittels der französischen Sprache als »Francophonie« zusammen. Das heißt, die Konkurrenz zum Englischen ist im sprachpolitischen Diskurs Frankreichs immer präsent.

Daher ist es, wenn der Präsident Frankreichs den europäischen *multilinguisme* lobt, nicht ganz von der Hand zu weisen, dass er den *multilinguisme* der Dominanz des Englischen entgegenstellt. Aber das ist sicher nicht das Hauptmovers seines Lobs der Vielfalt der europäischen Sprachen. In einer Grundsatzrede, die Europa neu zu denken versucht, kommt man an einer Reflexion über die europäischen Sprachen in der Europäischen Union nicht vorbei. Und Macron hat einen philosophischen Blick auf die europäische Mehrsprachigkeit geworfen, der eine neue, nämlich von Philologie und klassischer Sprachphilosophie angeregte sprachpolitische Position darstellt. Indem er die Glossodiversität wirklich ins Herz seiner Europarede gestellt hat, hat er sie auch zum Herzen Europas gemacht.

Dieses philologisch inspirierte Sprachdenken entfaltet hier sein politisches Potential, weil es weiß, dass »Sprachen nicht nur Mittel zu praktischer Kommunikation, sondern Organe des Denkens und des künstlerischen Schaffens und Quellen gesellschaftlichen Zusammenhangs sind«, und daher fordert: »Die linguistisch-literarisch-kulturelle Vielfalt soll zum Kern einer europäischen Identität werden.«⁹

2. Für Glossodiversität in Europa

Man fragt sich daher angesichts einer aktuellen sprachpolitischen Aktivität Frankreichs im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft 2022, ob diese von den sprachphilosophischen Einsichten des Präsidenten inspiriert ist. Während der französischen Ratspräsidentschaft wurde nämlich ein von der französischen Regierung in Auftrag gegebener Bericht über »Diversité linguistique et langue française en Europe«¹⁰ eingebracht, der sich für die Stärkung des »multilinguisme européen« einsetzt.

Das Außenministerium, Abteilung Europa, Tourismus und Francophonie, hatte den Politologen Christian Lequesne von SciencesPo, einen Spezialisten für deutsch-französische Beziehungen, beauftragt, die Möglichkeiten einer Belebung der Mehrsprachigkeit angesichts der Vorherrschaft des Englischen in den europäischen Institutionen zu erkunden. Dass es dabei auch um die Auslotung der Chancen des Französischen ging, ist aufgrund der Formulierung des Untersuchungsgegenstandes klar: »Diversité linguistique et langue française en Europe«. Der Rapport Lequesne betrifft aber trotz dieser prominenten Erwähnung der französischen Sprache im Titel gar nicht so sehr

9 Christoph König, Osnabrücker Erklärung zum Potential Europäischer Philologien, in: Das Potential europäischer Philologien. Geschichte, Leistung, Funktion, hg. von Christoph König, Göttingen: Wallstein 2009, S. 219 und 217.

10 Christian Lequesne (Hg.), *Diversité linguistique et langue française en Europe*, Paris: Henry Dougier 2020.

diese Sprache als vielmehr die europäischen Sprachen insgesamt. Gewiss legt der Rapport ein besonderes Augenmerk auf den Gebrauch des Französischen in den europäischen Institutionen. Aber das darüber Festgestellte – nämlich die immer schwächer werdende Präsenz des Französischen – lässt natürlich auf die totale Abwesenheit des Gebrauchs anderer Sprachen schließen. Das Deutsche hat sich vor seinem völligen Verschwinden noch ein paar Eckchen bewahrt. Italien und Spanien begehren hier und da gegen die Abwesenheit ihrer Sprachen auf. Der Rapport stellt zu Recht fest, dass, wenn es Frankreich nicht tut, kein anderes Land in Europa der Frage nach den Sprachen nachgeht. Frankreich erfüllt hier eine europäische Aufgabe.

Es ist sicher nicht falsch, in diesem Zusammenhang an die italienische Diskussion der *questione della lingua* im Cinquecento zu erinnern und von einer europäischen *questione della lingua* zu sprechen, die Frankreich hier für Europa diskutiert. Die Frage nach der Sprache war und ist von tiefgreifender kultureller und politischer Bedeutung für ein Land, damals für Italien, heute für Europa. In Italien ging es vor 500 Jahren um den Abschied von der großen trans-italienischen Sprache Latein und um die Aushandlung der nationalen Sprache. In Europa heute geht es um Förderung oder Eindämmung der transnationalen Sprache, des Globalesischen, um die Bewahrung der nationalen Sprachen und um die Befreundung mit anderen europäischen Sprachen.

Mit Lequesne wurde eine Gruppe von sechzehn Experten aus ganz Europa zur Erkundung der europäischen Sprachenfrage berufen. Aus Deutschland war die Paris-Korrespondentin der FAZ Michaela Wiegel Mitglied der Expertengruppe. Die Gruppe machte eine gründliche Bestandsaufnahme der Verwendung der Sprachen in den europäischen Institutionen (Kommission, Rat, Parlament, Gerichtshof) durch das Studium von Dokumenten sowie durch Gespräche und Anhörungen von Akteuren. Die so gewonnenen Einsichten machen den Hauptteil des detaillierten Berichts aus. Im Annex des Berichts findet man darüber hinaus höchst informative tabellarische Aufstellungen der erkundeten Fakten. Die Arbeit mündet in eine Reihe von Empfehlungen für eine Verbesserung der Sprachsituation. Der Vorsitzende Christian Lequesne hat den Bericht im September 2021 der Regierung vorgelegt, die ihn dann in Europa bekannt machen wollte. Dazu ist es allerdings nur ansatzweise gekommen.

Die Dominanz des Englischen war natürlich der Ausgangspunkt der Untersuchung. Der erhobene Sachstand über die Situation der Sprachen in den Brüsseler Institutionen ist insofern überraschend, als die Dominanz des Englischen noch stärker ist, als man erwartet hatte. Das Englische ist, entgegen der ursprünglichen Absicht der Gründer der Europäischen Union in der Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1958, die ein mehrsprachiges Regime von vier Sprachen Europas etabliert hatte (Deutsch, Französisch, Italienisch, Niederländisch), heute faktisch die einzige Sprache Europas. Die anderen Arbeitssprachen der EU (Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch) spielen nur eine höchst geringe Rolle, und die weiteren Sprachen überhaupt keine.

Mit Ausnahme des europäischen Gerichtshofs, in dem das Französische als Deliberationssprache fest etabliert ist und in dem alle Sprachen der Union gesprochen und geschrieben werden, sind die europäischen Institutionen Domänen des Englischen

geworden. Das Sprachregime des Europäischen Gerichtshofs ist dabei auf eindrucksvolle Weise multilingual. Dort werden die strittigen Sachen in den Sprachen der recht-suchenden Parteien verhandelt. Der Übersetzungsdienst wird aktiv in Dienst genommen. Dass das Französische – und nicht das Englische – die Relais-sprache der *Curia europea* ist, war insofern eine naheliegende und richtige Entscheidung, als die meisten nationalen europäischen Rechtssysteme Europas wie das französische weitgehend auf dem römischen Recht basieren und nicht auf dem angelsächsischen *common law*.¹¹ Die anderen Institutionen aber, vor allem die Kommission und der Rat, also die »Regierungen«, sprechen und schreiben Englisch. Immerhin verwenden im Rat der französische und der deutsche Vertreter ihre jeweiligen Sprachen, der österreichische Botschafter aber weigert sich, deutsch zu sprechen (vermutlich möchte Österreich sich vom historisch kompromittierten Nazi-Deutsch distanzieren). Aber auch im Parlament, eigentlich dem Ort der vielen Sprachen, dominiert das Englische immer mehr, weil man sich dort möglichst vielen Anwesenden verständlich machen möchte. Da die Abgeordneten ja keine EU-Beamten mit obligatorischen Englischkenntnissen sind, sprechen sie bisweilen noch ihre jeweiligen Sprachen. Der Sprachdienst steht ihnen ja zum Übersetzen zur Verfügung. Die Entfremdung von den eigenen Sprachen kann jedoch manchmal schon so weit gehen, dass sich Abgeordnete dafür entschuldigen, dass sie im Parlament ihre Landessprachen sprechen. Die 2021 neu eingerichtete Europäische Staatsanwaltschaft – also eine wichtige neue EU-Institution – hat sich gleich von Anfang an für die englische Einsprachigkeit entschieden, gegen den Sinn der Verordnung 1 der Gründerväter. Diese Entscheidung zeigt besonders deutlich, wohin die Reise geht.

Die Berichtsgruppe hat in den verschiedenen Brüsseler Institutionen sehr detailliert geforscht, hinsichtlich des amtlichen schriftlichen und mündlichen Gebrauchs der Sprachen in der internen und äußeren Kommunikation, aber auch hinsichtlich privater Kommunikation. Sie hat die Gründe für den Rückgang der Mehrsprachigkeit vorsichtig erörtert. Natürlich geht es zumeist um die schnellere und effizientere Kommunikation, aber auch um coolness, einen nicht zu unterschätzenden Faktor.

Das politische Fazit des Berichts ist, grob gesagt, dass das Englische immer dominanter wird und dass diese englische Einsprachigkeit als eine Gefahr für die Akzeptanz Europas bei seinen Bürgern gesehen wird. Brüssel wird immer mehr zum elitären anglo-phonon Wasserkopf, der die Beziehung zum Leben der Bürger Europas verliert, die ja – außer in Irland – alle in anderen Sprachen leben. Daher sieht die Gruppe in der Verstärkung des *multilinguisme* eine politische Notwendigkeit. *Multilinguisme* wird hier verstanden als die Präsenz mehrerer Sprachen der Union in der Hauptstadt der Union, in den Institutionen und bei den Akteuren. Die Voraussetzungen für die Verstärkung einer Brüsseler Mehrsprachigkeit sind eigentlich günstig, weil – wie einer der Befragten sagt – Brüssel »ein Haus voller Polyglotten« ist. Das Brüsseler Personal

11 Die Verwendung des Lateinischen, der alten Sprache Europas, im Wappen (*curia*) und in der Internet-Adresse (*curia-europa*) des Gerichtshofs symbolisiert im Übrigen schön den wirklich europäischen Charakter dieser Institution.

ist, auch wenn die Sprachkenntnisse der jüngeren Beamten sich immer mehr aufs Englische reduzieren, immer noch extrem sprachbegabt. Die Idee hinter der gewünschten Stärkung der Mehrsprachigkeit ist also, dass die Bürger Europas sich in ihren Sprachen in Brüssel vertreten fühlen sollen.

Die Gefahr des sprachlichen Elitismus, des Abgehobenseins vom Volk, wird von der Untersuchungsgruppe in der Tat richtig gesehen. Sie führt diese Gefahr nicht weiter aus, man kann aber daran erinnern, dass ja manche Länder Europas die Erfahrung einer »vom Volk« sprachlich distanzierten Elite in ihrer Geschichte gemacht und schmerzhaft sprachbedingte Konflikte durchlebt haben. Manche Länder stecken noch mitten in diesen Konflikten. Dass die deutsche Aristokratie sich nach dem Dreißigjährigen Krieg ins Französische zurückzog, hat zum Beispiel die deutsche Kultur und Nation nicht befördert und musste erst durch eine geradezu kulturevolutionäre Rückkehr zum Deutschen – um 1800 – revidiert werden. Das war noch ein vergleichsweise harmloser Konflikt. Der Elitismus des Russischen gegenüber dem Ukrainischen und das ukrainische Aufbegehren dagegen, in dem schließlich das Ukrainische zur einzigen Amtssprache erklärt wurde, gehören zweifellos zu den Ursachen des aktuellen Krieges. Die Katalanen »rächen« sich ganz ähnlich durch eine radikale Katalanisierung für die lange Vorherrschaft des Spanischen etc. etc. Die Aufteilung von Sprachen auf verschiedene soziale Klassen – Elitesprache oben, Volkssprachen unten – ist undemokratisch und äußerst konfliktgenerativ.

Die Empfehlungen zur Verstärkung der Mehrsprachigkeit, die der Rapport Lequesne ausspricht, sind insgesamt außerordentlich maßvoll. Ihre Realisierung würde aber doch die Brüsseler und europäische Sprachsituation spürbar zum Besseren verändern. Sie betreffen einerseits Aktivitäten zugunsten der Sprachen innerhalb der Brüsseler Institutionen: wie die Rekrutierung mehrsprachiger Beamte, die Verwendung mehrerer Sprachen bei der Erstellung der Dokumente, die Herstellung einer größeren Aufmerksamkeit auf die Sprachen, die Feier eines Tags der Sprachen im Parlament, die Nutzung und Förderung automatischer Übersetzungsinstrumente (anscheinend das wirkungsvollste Instrument zur Förderung der europäischen Sprachen),¹² die Praktizierung mehrerer Sprachen durch das Leitungspersonal. Andererseits betreffen die Empfehlungen die Förderung der Sprachen außerhalb Brüssels, wie die Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts, den frühen Fremdsprachenunterricht, die obligatorische zweite Fremdsprache in den Schulen, die Implementierung der gegenseitigen Sprachförderung im deutsch-französischen Vertrag, um nur einiges zu nennen. Es sind sechsundzwanzig Empfehlungen, die auf die Schreibtische der Außenministerien und aller Kultusminister gehören. Diese Empfehlungen lassen sich auch nicht von den Schreibtischen wischen mit dem Hinweis, dass hier wieder einmal nur Frankreich sein Französisch in Brüssel stärken möchte. Das ist einfach nicht der Fall. Der Rapport Lequesne ist ein Plädoyer für alle Sprachen Europas. Frankreich ist hier die Stimme Europas, des vielstimmigen Europa.

12 Aber auch ein extrem ambiges Mittel, weil es tendenziell das Erlernen von Sprachen überflüssig macht.

Angesichts dieser sprachpolitischen Aktivität Frankreichs stellt sich die Frage, ob die europäischen Sprachvisionen des Präsidenten für diese Aktivität verantwortlich sind.

Es ist erstaunlich, dass der Rapport Lequesne nicht auf die Sprachauffassung des französischen Präsidenten Bezug nimmt. Offensichtlich haben auch die Franzosen die Europarede ihres Präsidenten nicht gründlich gelesen. Der Rapport ist aber dennoch ein Dokument der Wertschätzung aller Sprachen und steht daher im Einklang mit der Begeisterung des Präsidenten, der gesagt hatte: »Et au lieu de déplorer le foisonnement de nos langues, nous devons en faire un atout.«

Die Gruppe Lequesne begründet ihre positive Sicht auf die Mehrsprachigkeit im Wesentlichen politisch. Ihr geht es um die Herstellung demokratischer Nähe zwischen Brüssel und den europäischen Völkern. Wenn Lequesne und seine Gruppe Macron gelesen hätten, dann hätten sie nicht nur eine politische Rechtfertigung ihrer Forderungen gefunden, sondern auch noch eine sprachphilosophische Begründung. Macron hatte seiner Wertschätzung der Sprachen ja die Überzeugung Mouniers zugrunde gelegt, dass »l'universel se parle aux hommes en plusieurs langues, qui chacune en révèle un aspect singulier«, »dass das Universelle sich den Menschen in mehreren Sprachen darstellt, von denen jede eine besondere Ansicht der Welt enthüllt«. Wilhelm von Humboldt hat das folgendermaßen formuliert: »Ihre [der Sprachen] Verschiedenheit ist nicht eine von Schällen und Zeichen, sondern eine Verschiedenheit der Weltansichten selbst.«¹³ Und diese verschiedenen Ansichten des Universellen, diese Weltansichten, sind ein Reichtum des Denkens. Wilhelm von Humboldt sagt: »Durch die Mannigfaltigkeit der Sprachen wächst unmittelbar für uns der Reichthum der Welt und die Mannigfaltigkeit dessen, was wir in ihr erkennen.«¹⁴ Die verschiedenen Ansichten der Welt sind ein Glück für unser gemeinsames Land Europa, der Grund für die europäische *sophistication*. Macron sagte daher: »L'Europe du multilinguisme est une chance inédite.« Denn der *multilinguisme* ist nicht nur demokratisch, er ist auch intelligent. Er fördert die geistige Beweglichkeit der Europäer.

(Prof. Dr. Jürgen Trabant, Freie Universität Berlin, Institut für Romanische Philologie, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin; E-Mail: trabant@zedat.fu-berlin.de)

13 Humboldt (Anm. 6), Bd. IV, S. 27.

14 Ebd., Bd. VII, S. 602.